

## Deutschland.

**Berlin, 7. Februar.** Beide königliche Majestäten dinirten gestern bei Ihren königl. Hohheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

— **Er. königl. Hoheit der Kronprinz** nahm gestern militärische Meldungen entgegen und besuchte Abends die Vorstellung im Opernhause.

— **Man bezweifelt in gewöhnlich unterrichteten Kreisen, daß Preußen wegen der sogenannten hannoverschen Legion in Straßburg förmlich Aufklärungen in Paris verlangt habe.** Es ist wenigstens darüber nichts bekannt geworden.

**Berlin, 6. Februar.** (Haus der Abgeordneten.) 44. Sitzung. (Den Bericht aus dem Abgeordnetenhaus bringen wir noch einmal ausführlicher nach.)

Nach dem Abg. v. Brauchitsch sprach der Abg. Agidi: Ich kann den Wunsch nicht theilen, daß es besser gewesen sei, die Sache während der Diktatur zu regeln, ein Volksvertreter muß von Allem Kognition erhalten. Ich halte diese Frage für eminent politisch, nicht bloß für ein Rechnungserempel. Man kann gar nicht anders, als für die Regierung stimmen; selbst der Fortschrittspartei wird es schwer werden, anders zu stimmen, sonst stellt sie sich mit den Gegnern der Vorlage auf den Boden des Eroberungsrechtes. Das eroberte Land hat kein Recht, wir haben aber die Pflicht, das Land nicht als erobertes Land zu behandeln. (Graf Bismarck tritt ein.) Sicherer als das Eroberungsrecht ist die Ehre. Wird die Vorlage verworfen, so haben die Abgeordneten aus Hannover ein gut Theil Schuld daran. Aber wie kommt es denn, daß in einer unzweifelhaft konservativen Frage die konservative Partei auch einmal umschlägt, links umschwenkt. Das ist ein Selbsterwerb, welches sich im Laufe seit einiger Zeit bemerklich macht. Im 19. Jahrhundert muß man passiven, erobern Sie auf andern Wege, so stellen Sie sich auf den Standpunkt des Konvents (Widerstand). Nur ungern würde ich das Kapital bewilligen, aber mir kommt es vor Allem darauf an, daß in diesem hohen Hause das Gerechtigkeitsgefühl zum Ausdruck kommt. Der Partikularismus wird durch die Annahme der Regierungsvorlage oder des Amendements Kardorff nicht gestärkt. — **Ministerpräsident Graf Bismarck:** Ich bin nicht gegenwärtig gewesen, als der Abg. v. Brauchitsch gesprochen hat, bin indessen auf einzelne Hauptsätze seiner Rede von meinem Herrn Kollegen aufmerksam gemacht worden, und soweit ich dieselben verstehe und mir dieselbe angeeignet können, sehe ich mich genöthigt, einige Entgegnungen darauf zu machen. Der Herr Abgeordnete scheint, — und es thut mir leid, daß ich Mißverständnissen auch auf dieser Seite (der rechten) ausgelegt bin, in dem Mißverständnis befangen zu sein, als hätte ich gesagt, ich fordere von der konservativen Partei, daß sie in allen Beziehungen der Regierung folge. Ich habe in meiner Rede ganz ausdrücklich gesagt, ich verlange das nicht, ich kann das auch nicht verlangen da, wo wirklich große Prinzipien sich scheiden und die Regierung von diesen großen Prinzipien, auf denen die Stellung der konservativen Partei beruht, sich entfernen sollte; ich berufe mich auf das Zeugniß der Versammlung, ob ich nicht so gesprochen habe, und ich begreife also nicht, wie der Herr Abgeordnete dazu kommt, diese Einschränkung weg zu lassen und mir einfach vorzuwerfen, ich hätte gefordert, was ich nie von einer Partei gefordert habe, die sich selber achtet. Aber es ist etwas Anderes, wenn es sich um Dinge handelt, wo nicht ein fait accompli vorliegt, aber wo die Regierung engagirt ist, wo die Sache nicht mehr res integra ist, wo sie vor der Wahl nicht mehr res integra war, da habe ich, so lange ich auf diesen Vätern saß, niemals einem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten gesucht. Fast jede Sache läßt sich auf zwei, drei und mehr Wegen anfangen, alle Wege führen nach Rom; man hätte auch diese Sache anders anfangen können; welcher der richtige, welcher der fehlerhafte ist, das entscheidet erst die Zukunft, vielleicht eine späte Zukunft, wenn wir alle nicht mehr leben. Aber der Fehler, an dem die Regierungen zu Grunde gehen, sind die Schwankungen, daß man heut Dies, morgen Jenes will, heute Dies zuzugestehen und morgen Das nicht zu erfüllen. Das ist der Fehler, den ich um jeden Preis zu vermeiden suche. Hat eine Regierung ihren Weg erwählt, so muß sie, ohne nach Rechts oder Links zu schwanken, vorwärts gehen, thut sie das nicht, so wird sie schwach und unter ihrer Schwäche leidet das ganze Staatswesen. Der Herr Abgeordnete hat, wie ich gehört, davon gesprochen, unter welchen Auspizien die Herren gewählt und wozu sie gewählt wären. Ich kann das nicht untersuchen, ich kann nicht in die Seele der Wähler hineinschauen, aber, meine Herren, hätten wir die konservative Majorität im Vergleich zu der früheren Minorität ohne die Regierung heute hier? Wie viele von Ihnen wären denn gewählt worden, wenn in Ihren Wahlkreisen die Regierung öffentlich erklärt hätte: Der geht uns zu weit rechts, der ist uns zu konservativ? Hätten wir das erklärt, wo wäre dann diese Majorität, meine Herren? (Lebhafteste Zustimmung links.) Der Herr Abgeordnete hat, wie ich vernehme, ferner gesagt, die konservative Partei hätte diesem Ministerium viel geopfert, sie hätte viel aufgegeben. Ich bedaure, daß er dies nicht spezifizirt hat, denn ich wäre in der That neugierig, zu hören, was sie aufgegeben hat. Ich kann mich nur erinnern, daß sie sie das Klassen-Wahlrecht aufgegeben hat, dies theoretisch und praktisch unhaltbare System, nach welchem wir hier gewählt sind, weil es verfassungsmäßig ist und weil wir kein anderes haben, das aber theoretisch in seinen Konsequenzen noch Niemand zu verteidigen, und als ein besonders konservatives Wahlrecht hinzustellen versucht hat. Ich will von den Resultaten nicht sprechen, die sind zufällig, aber ich will daran erinnern, daß die konservative Partei dem andern theoretisch richtigen System auch Einiges zu verdanken hat, und daß sie damit Nichts aufgegeben hat. Und hätte sie dieses Ministerium ein Opfer gebracht, ich will nicht von den Opfern sprechen, die wir dem Lande gebracht haben, wir sind sie ihm schuldig gewesen und das Land ist dabei nicht zu kurz gekommen. Meine Herren, dafür zeigen wir Ihnen die neuen Provinzen auf, dafür zeigen wir Ihnen das konsolidirte Königthum, dafür zeigen wir Ihnen das geeinigte Deutschland auf. Wenn Sie da mit uns abrechnen wollen, wir sind in einem starken Kredit, meine Herren! Der Herr Abgeordnete hat daran erinnert, was ich gethan haben würde, wenn das Ministerium Manteuffel mir als Mitsiedler der konservativen Partei gegenüber eine ähnliche Forderung gestellt hätte? Ich antworte: hätte es mir eine Forderung gestellt, zur Aufgabe gewisser Prinzipien, die ich ganz unzweifelhaft erkläre als die Grundprinzipien meiner Parteistellung, für die ich gewählt worden wäre und zugelagt habe, so würde ich gegen das Ministerium gestimmt haben, und das Ministerium wäre vollständig darauf vorbereitet gewesen. Aber das jetzige Ministerium befindet sich seinem Ursprunge und seiner Stellung nach in einer sehr wesentlich anderen Lage, als das Ministerium Manteuffel. Ich bin fern davon, meine Vorgänger irgendwie hier anzuklagen: sie haben gehandelt, wie sie es für Recht erkannten, und wie es ihnen die damalige Lage des Staates zu erfordern schien. Das Ministerium Manteuffel kam zur Regierung in einem Momente, wo es sich nach dem Einbruche der konservativen Partei darum handelte, nicht dieselbe Verfassung, wie sie die Nationalversammlung gewollt hatte, zu oktroyiren. Die Rechtskontinuität hätte erfordert, wozu ich im Herbst 1848 Sr. Maj. dem hochseligen Könige in einer weniger einflussreichen Stellung gerathen habe, den vereinigten Landtag zu berufen, ihm zu sagen: die verachtete Vereinbarung mit der Nationalversammlung ist mißlungen, nun wollen wir weiter sehen! Ich frage jetzt noch, ob nicht eine analoge, aber ruhigere Entwicklung unseres Verfassungslebens das Resultat von dieser Genesung gewesen wäre. Wir hätten damals vom Ministerium Manteuffel auf konservativer Seite mehr erwartet, mehr Entschlossenheit im Widerstande, als geleistet

wurde; ich überlasse Jedem, der die Zeit mit uns durchlebt hat, diesen Gedanken auszuwenden. Unter welchen Situationen, wie man es immer betrachten mag, kamen wir zur Regierung im Jahre 1862. Hat irgend Jemand unter Ihnen geglaubt, daß wir die Sache zu einem günstigen Ende führen würden? Hat sich außer uns Jemand gefunden, war sonst Jemand bereit, hier einzutreten, wenn wir nicht den Muth gehabt hätten, hier mit 11 Konservativen drei Jahre lang zu stehen, isolirt, verschmäht, verachtet, angefeindet von allen Seiten! Ich will von Dem, was mir außerhalb dieser Kreise paßt, gar nicht reden. Aber das vergesse ich sehr rasch. Denken Sie sich das einmal aus, wenn damals 1862 im Herbst diese Eventualität eingetreten wäre, wenn ich einfach zu Sr. Majestät dem Könige nein statt ja sagte. Ich habe gestern schon erwähnt, wir können hier das Staatsgebilde nicht vom Parteistandpunkte betrachten; wollen wir konstitutionell regieren, so bedürfen wir einer Majorität, verweigern Sie uns, verweigern die Herren, die dazu gewählt worden sind, die Regierung zu halten, ihr zu helfen, so müssen wir sie zu finden suchen, und finden wir sie nicht, so ist die Regierung genöthigt, sich auf andere Parteien zu stützen, mit denen sie innerlich nicht so konsolidirt ist. Daraus folgen alle Schwächen eines Koalitionsministeriums, weil ein solches verschiedenen Seiten Rechnung tragen muß. Wollen Sie diese Schwächung über unseren Staat verhängen — ich kann nicht erwarten, daß Sie von mir verlangen werden, wenn Sie uns die Majorität versagen, daß wir nichtsdestoweniger fortfahren, alle Unannehmlichkeiten der Stellung zu tragen, ohne nach Abhilfe zu suchen, daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraktion, einer einzelnen Partei machen und es darauf ankommen lassen, ob die ganze für das Land so bedrohliche Situation eines Konflikts sich in dieser schwierigen Zeit erneuert. Daß ich den Konflikt nicht fürchte, habe ich gezeigt, ich habe ihm drei Jahre lang ehrlich die Stirn gewiesen, aber ihn zu einer permanenten nationalen Institution zu machen, ist nicht meine Absicht. (Anhaltende Bewegung.)

Abg. Freiherr v. Vincke (Minden) wendet sich in scharfer Widerlegung gegen die Auslassungen der Abgg. für Osnabrück und Wiesbaden. Redner wendet sich gegen die Berechnung, die der Regierungs-Kommissar gestern zu seiner Widerlegung vorgebracht hat und findet dieselbe als unrichtig. Ebenso ist er der Ansicht, daß der Abg. Lasker in dem, was er über die milden Stiftungen gesagt habe, Fehler begangen habe, die sogar für einen Referendar zu groß seien. (Heiterkeit.) Nach einer Widerlegung des Abg. Miquel über die Staatsanstalten in Hannover, wendet sich Redner in einer langen ausführlichen Auseinandersetzung über die zu dem Wegebau in Hannover zu bewilligenden Summen. Er wolle nichts weiter, als daß diese Summen der einkommensmäßigen Bewilligung der Abgeordneten unterworfen seien. Was die Amendements anlangt, das heißt die lebendigen, denn der todten habe es in den Fraktionen einer unzahlbaren Menge gegeben, so möchte er der Ansicht Waldock's sein, und jedes Amendement ablehnen. Die Annahme der Vorlage der Regierung würde eine Verletzung der Gerechtigkeit gegenüber den alten Provinzen ausprechen; um der Regierung aber Zeit zu lassen, die ganze Angelegenheit nochmals zu erwägen, und für das nächste Jahr einen geeigneten Gegenentwurf vorzulegen, würde er sich für das Amendement v. Bonin entscheiden; das Amendement von Kardorff halte er für eine bloße Kasterade. Dem Antragsteller wünscht er, daß er für sein Amendement in den Grafenstand erhoben werde (Große Heiterkeit.) Redner spricht noch weiter indem er durch leicht hingeworfene humoristische Bemerkungen über einzelne Abgeordnete die Heiterkeit des Hauses hervorruft. Schließlich bittet er den Ministerpräsidenten, in Betreff Ostfrieslands an seiner ersten Idee festzuhalten, in Betreff des Provinzialfonds jedoch seine Idee nicht ganz zu verwirklichen. Die Förderung der Selbstverwaltung begrüße er mit wahrer Freude, aber das, was man durch den Provinzialfonds als etwas Neues einführen wolle, bestehe in den alten Provinzen schon lange, nur mit dem Unterschiede, daß diese alten Provinzen diese Institutionen aus ihren Taschen erhalten. Das, was Hannover durch den Provinzialfonds erreichen solle, sei eine Selbst-Verwaltung, sondern ein Leben auf Kosten Anderer. (Zustimmung der Fortschrittspartei, Widerspruch unter den Hannoveranern.) Ich erkläre übrigens, daß Zusagen des Königs nicht existiren; andere Zusagen, Zusagen des Ministeriums können nur geknüpft sein an die Zustimmung des preussischen Landtages. Was die konstitutionelle Doktrin anbelangt, von der der Herr Minister-Präsident gesprochen, so paßt die Anwendung derselben auf unser gegenwärtiges Verhältniß durchaus nicht. Wenn Herr Minister-Präsident jahrelang auf ganz entgegengesetztem Standpunkt gestanden hat, und so enorme Erfolge erreicht hat, so mag er auch ferner noch auf demselben Standpunkte verbleiben. Wenn er uns droht, daß er, wenn er von den bisherigen Stützen der Regierung verlassen werde, sich auf eine andere Partei stützen und Coalitionen suchen müsse, so ist das nichts Neues, das thut er, wie wir ja alle aus den Abstimmungen erleben, schon jetzt. Die vorliegende Frage ist keine politische Parteifrage, sondern eine Frage über Mein und Dein, und aus einer solchen Frage kann man keine ministerielle Frage machen. Unser Art. 83 der Verfassung sagt, jeder stimmt nach der Freiheit seiner Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung wollen wir uns weder durch Warnung, noch durch Drohungen nehmen lassen. Ich habe alle Achtung vor dem Charakter und das Talent des Herrn Minister-Präsidenten, aber ich glaube auch, daß er diese Achtung vor uns haben möge. Mit Denjenigen, die fortwährend das wollen, was der Minister-Präsident will, kann er nicht regieren. Ich frage den Herrn Minister, ob es wahr ist, daß er vorgestern zu einem hervorragenden Mitgliede der konservativen Partei gesagt, wenn die Partei ihn nicht in dieser Frage unterstützen wolle, so werde er mit einer anti-konservativen Provinzial- und Kreisordnung antworten. Ich wünschte, daß der Hr. Ministerpräsident diese Frage mit „Nein“ beantwortete. Sollte die konservative Partei sich durch solche Drohungen einschüchtern lassen und für die Vorlage stimmen, so würde die Partei auf einen niederen Standpunkt herabgesunken sein. Ich folge der Aufforderung des Hr. Ministers und habe den Muth, meine Ueberzeugung auszusprechen. (Bravo links, Zischen rechts.) — **Graf Bismarck:** Wir haben wichtigere Dinge zu thun, als Personalien abzumachen, und ich stehe nicht hier, um zu beweisen, daß irgend eine Aeußerung von mir mit einer anderen nicht im Widerspruch steht, obwohl ich das sehr wohl vermöchte. Ich bitte Sie zu glauben, daß ich auch ein Gewissen habe, daß ich den Charakter eines Ehrenmannes auch für mich in Anspruch nehme, und daß die Geschichte eines Staates von 20 Millionen sich weder in gewissenloser noch in einer andern Weise als der eines Ehrenmannes seitens lassen, sonst würde ich mich nicht 6 Jahre lang auf meiner Spitze der Verwaltung eines großen Staates von 20 Millionen und eines ehelichen Volkes halten können. Aber Gewissen gegen Gewissen, — wollte auch ich meinem Gewissen folgen und sagen: ich lege mein Mandat nieder, dann ist die letzte Kabinetsfrage wieder da, Alles ginge auseinander und ließe den Staat sich selbst regieren, jeder folgte seinem schroffen Gewissen und sagte: geht es nicht so, wie ich will, so spiele ich nicht mit. Das ist aber keine Parteiorganisation, sondern politische Willkür. Hauptsächlich habe ich das Wort ergriffen, um faktisch zu konstatiren, wie es sich mit der gegebenen Vorlage verhält. Der hannoversche Provinzial-Landtag hatte einstimmig den Antrag auf den Provinzialfonds gestellt. Se. Majestät der König war damals nicht anwesend, er hielt sich auf der Insel Mainau im Bodensee auf und das Ministerium hat um die Erlaubniß, den Oberpräsidenten Graf Stolberg zu der Antwort zu ermächtigen, die bekannt ist. Der Herr Redner hat mich an die parlamentarische Gewohnheit erinnert, nichts hier hineinzuziehen, was nicht hierher gehört. Vielleicht ist noch ein Rest des alten Sauerthums in mir, daß ich noch immer nicht im Stande bin, die königl. Staatsregierung vom Könige zu trennen. (Beifall.) — **Nachdem die Regierungs-Kommissarien Wolny, Küfer und Mac Lean noch einmal die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfahlen**

und das Amendement des Abg. Grafen Westarp für unannehmbar erklärt haben, wird die Diskussion geschlossen. — Es folgt eine Fluth meistentheils gegen den Abg. v. Vincke gerichtlicher persönlicher Bemerkungen.

Abg. v. Brauchitsch: Derjenige Abgeordnete, der ebenso, wie ich, von dem Herrn Ministerpräsidenten eine Zurechtweisung erhalten hat, hätte besser gethan, dieselbe an dieser Stelle nicht anzunehmen. Den Herrn Grafen Bismarck persönlich anzugreifen lag mir fern, ich frage nur, welche Bedeutung die konservative Partei im Lande, wie in diesem Hause noch habe, wann sie unbedingte nach dem Willen derselben stimmen möchte. Wenn der Herr Ministerpräsident behauptet, die Konservativen hätten bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse keine Opfer gebracht, so hätte er nur den Fraktionsführungen bei den Beratungen des norddeutschen Reichstages beizuwohnen sollen. — **Graf Bismarck:** Ich selbst habe weder den Herren Vorredner angegriffen noch ihm eine Zurechtweisung ertheilt, die mir durchaus nicht zustand. Daß meine Aeußerungen auch nicht als Abwehr von mir vorausgesetzter persönlicher Angriffe dienen sollten, glaube ich dadurch bewiesen zu haben, daß ich auf viel weiter gehende Invektiven Nichts erwidert habe. — **Abg. v. Vincke:** Es könnte nach den letzten Aeußerungen scheinen, als ob meine Rede nicht der Hochachtung Ausdruck gegeben hätte, die ich seit langer Zeit gegen den Herr. Ministerpräsidenten fühle. Derselbe wird sich durch ein genaues Verfolgen meines Gedantenganges von dem Ungrund dieser Ansicht überzeugen, und nehme ich gern Gelegenheit, an dieser Stelle noch einmal öffentlich dem Herrn Grafen zu versichern, daß ich jeden Zoll von ihm für einen Ehrenmann habe. — **Nachdem Graf Bismarck sein Bedauern ausgesprochen, daß er die Rede des Abgeordneten v. Vincke nicht in vollkommener Uebereinstimmung mit der eben abgegebenen Versicherung halten könne, wiederholt Abg. v. Vincke dieselbe noch einmal.** — Es wird zur Abstimmung geschritten; die Amendements Wellmann und Bonin werden zurückgezogen. — Die Amendements Westarp und von Brauchitsch werden mit großer Majorität abgelehnt; dafür stimmen nur einzelne Konservative. — Das Amendement Kardorff wird bei namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 192 Stimmen angenommen. Dafür stimmen geschlossen die Polen und die Freikonservativen, dagegen die Fortschrittspartei und das linke Centrum. Die konservative, altliberale und national-liberale Fraktion gehen in ihrem Votum auseinander. Es stimmen von den Konservativen dafür u. a.: Graf Eulenburg (Deutsch-Krone), Heise, v. Schuel-Blessen, v. Seydewitz, Wagener (Neustettin), dagegen v. Arnim (Neustettin), v. Bismarck-Briest, v. Bobelschwingh, Wantrup; von den Altliberalen dafür: v. Auerwald, v. Patow; dagegen v. Epnern, v. Sibel, beide v. Vincke; von den Nationalliberalen dafür (außer den Hannoveranern und Hessen): Ahmann, Dr. Braun (Wiesbaden), Faucher, v. Forderbeck, Lasker, Lette, Richter (Sangerhausen), v. Sauten-Julienfeld, Graf Schwerin; dagegen: v. Bender, Florischütz, Hammacher, Müller (Solingen), Richter (Essen), Koepell, Twesten; außerdem Reichensperger, Rohden u. a.

Darauf werden die Nr. 4 und 5 des Amendements v. Kardorff, welche die aus der ersten Abstimmung folgenden Änderungen der Kommissionsvorlage enthalten, angenommen, sodann §. 2 der Kommissionsvorlage mit diesem Amendement, und die Einleitung und Ueberchrift des Gesetzes mit dem dazu gestellten Amendement Kardorff. — **Präsident v. Forckenbeck:** Da der Kommissionsentwurf wesentlich verändert ist, muß das Gesetz nach der Geschäftsordnung an die Kommission zurückverwiesen und von dieser zusammengeestellt werden, und kann ich eine Abstimmung über das ganze Gesetz erst dann vornehmen, wenn diese Zusammenstellung gedruckt vorliegt; ebensmäßig glaube ich, auch über den Antrag Dieß erst dann abstimmen zu lassen. Nach Lage der Sache möchte ich aber anheim geben, mich von der Innehaltung dieser Bestimmung der Geschäftsordnung zu enthalten, bemerke jedoch, daß der Widerspruch eines Abgeordneten genügt, um dies unmöglich zu machen. — **Abg. Heise** befragt das Ersuchen des Präsidenten, Abg. Kunge erhebt jedoch Widerspruch; die Schlußabstimmung muß somit verschoben werden. — **Der Präsident** will zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung übergehen; der Ruf nach Vertagung wird jedoch laut. — **Finanzminister v. D. Heydt** bittet um das Wort und legt dem Hause einen Gegenentwurf, betr. das Verhältniß derjenigen Civilbeamten, deren Ernennung dem Bundespräsidenten zusteht, zur allgemeinen preussischen Wittwenkasse vor. Das Gesetz bewirkt, diesen Beamten, so lange ein besonderer Gesetz darüber nicht erlassen ist, den Zutritt zur preussischen Wittwenkasse zu konserviren. — Das Gesetz wird zur Schlußberatung gestellt. — **Nächste Sitzung** morgen, Freitag 11 Uhr. **Tagesordnung:** 1) Schlußabstimmung über das Gesetz betr. den hannoverschen Provinzialfonds; 2) Gesetz betr. den Wegebau in Hannover; 3) Gesetz betr. die Eisenbahn von Gera nach Eichicht; 4) Petitionen betr. den Bau mehrerer Eisenbahnen etc.

**Dresden, 6. Februar.** Die Abgeordnetenkammer hat in der heutigen Sitzung 20,000 Thlr. zur theilweisen Deckung des Defizits der Chemnitzer Industrieausstellung bewilligt. Von der noch fehlenden Summe sollen 12,327 Thlr. Seitens der Chemnitzer Stadtkasse und 24,653 Thlr. Seitens der Geranten aufgebracht werden.

**Karlsruhe, 5. Februar.** Rathy's Tod ist trotz seiner mehrwöchentlichen Krankheit fast plötzlich eingetreten. Sein Leich-nobegängniß findet mit all dem seinem Rang als aktiven Staatsminister gebührendem Pomp statt. Noch schweigen unter dem Eindruck der Ueberraschung die Stimmen der gegnerischen Presse, der er stets ein Dorn im Auge war, die ihm die Energie seines politischen Willens nicht verzeihen konnte, die aber vor dem offenen Grabe doch auch nicht feindselig auftreten will. Den Vorruf im Staatsministerium wird vorerst der Großherzog selbst führen, dem Handelsministerium präsident provisorisch Herr v. Freydoerf, dem Finanzministerium Herr Jolly. Ob der Posten des Staatsministers in Balde definitiv wieder besetzt werde, ist fraglich. Natürlich ist schon jetzt das Gerücht sehr lebhaft beschäftigt mit den gerade in diesem Augenblick besonders wichtigen Neubesetzungen für die beiden Ministerien. Beschlossen scheint aber der Natur der Sache nach noch Nichts zu sein; der Name Lamy's ist durch die Verhältnisse zwar sehr nahe gelegt, zumal der frühere Minister des Innern noch einer ungemelnen Popularität genießt, allein das hängt mehr mit der Neigung für Lamy zusammen, als daß schon von einem maßgebenden Beschluß an höchster Stelle die Rede wäre. Jedenfalls bietet die endgiltige Entscheidung unverkennbare Schwierigkeiten.

**Stuttgart, 6. Februar.** Die Debatte über das Kontingentsgesetz dauerte heute sechs Stunden. Die von der Regierung aufgestellte Forderung, daß ihr die jährliche Aushebung von 5800 Rekruten bewilligt werde, wurde von den Demokraten und den Ultramontanen bekämpft, vom Kriegsminister dagegen als unbedingtes Minimum bezeichnet, weil ein Krieg unvermeidlich sei. (Senfation.) **Minister v. Barabüler** stellte als Folge der Nichtannahme die Verschlechterung der Truppen und im Falle eines Krieges den Verlust der Selbstständigkeit in Aussicht. Die Forderung der Regierung wurde darauf mit 45 gegen 42 Stimmen be-



willigt. Der Präsenzstand der württembergischen Armee im Frieden wird dadurch auf 14,246 Mann erhöht.

**Ausland.**

**Wien, 6. Februar.** In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses verteidigte Freiherr v. Buß bei der Debatte über die Kosten für die diplomatische Vertretung die Beibehaltung der Gesandtschaftsposten in Württemberg und Sachsen. Er sagte, daß Oesterreich Strenge und Ehrlich den Prager Frieden zur Ausführung bringe; wenn es also auch weit davon entfernt sei, die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten rücksichtlich zu beeinflussen, so müsse es trotzdem doch die Vorgänge in Deutschland mit Interesse verfolgen und daher an den Höfen der genannten Staaten vertreten sein. — Bezüglich der Botschaft in Rom empfiehlt Freiherr v. Buß mit Rücksicht auf die noch schwebenden Konfordsat-Verhandlungen keine Aenderung vorzunehmen, damit jeder Schein einer Demonstration gegen Rom vermieden werde.

**Triest, 6. Februar.** Der Steamer „Progresso“ ist am 1. d. Mts. von Konstantinopel mit der Levante-Post abgegangen und heute früh 8 Uhr hier angekommen.

**Amsterdam, 6. Februar.** Die Resultate der Nachwahlen, welche bis jetzt bekannt geworden sind, ergeben einen kleinen Zuwachs der liberalen Partei.

**Paris, 5. Januar.** Wie die „Presse“ mittheilt, sind in der Revolutions-Angelegenheit die Zugen vernommen, die Platvogers der beiderseitigen Advokaten beendet und das Ehrengericht hat am Sonntag seine Berathung begonnen, sich aber gestern nach einer dreistündigen Sitzung auf heute vertagt. Vor der Sitzung haben sich die Herren Berryer, Jules Favre, d'Andelarre und Marie mit dieser Angelegenheit beschäftigt. — Der Erzbischof von Algier meldet der „Gazette de France“ in einem Schreiben, daß der Papst ihm für die nothleidenden Araber, welche, obgleich Ungläubige, doch die Adoptivkinder Frankreichs sind, eine Gabe von 5000 Fr. übersandt hat.

**Paris, 6. Februar.** „Patrie“ schreibt: Die Anwesenheit serbischer Vandalen auf rumänischem Territorium hat nichts Beunruhigendes, zumal es für gänzlich unzulässig zu halten ist, daß der Fürst Carl die Umtriebe Rußlands in Serbien begünstige.

(Gesetzgebender Körper. Fortsetzung der Diskussion über das Pressegesetz.) Die Amendements Darimons und Guercoult wurden verworfen.

**Florenz, 6. Februar.** Die „Italische Korrespondenz“ deklariert die Nachricht, daß der hiesige spanische Gesandte einen Urlaub antreten werde. — Die Gemeindegewalt von Lucin haben anlässlich der Verlobung des Kronprinzen Glückwunsch-Adressen an den König, den Kronprinzen und die Prinzessin Margarethe gerichtet.

**Florenz, 6. Februar.** Die „Gazetta uffiziale“ publiziert die Ernennung Qualterio's zum Minister des königlichen Hauses.

(Deputirtenkammer.) Die Diskussion über den Etat des Unterrichtsministeriums wurde fortgesetzt. Der Deputirte Catroly interpellierte die Regierung wegen der Unterhandlungen, betreffend die Rückzahlung mehrerer Dokumente und Kunstgegenstände, welche die österreichische Regierung aus Mailand und Venedig fortgeführt hat. Der Ministerpräsident Menabrea erwidert, daß die hierüber schwebenden Verhandlungen ein günstiges Resultat hoffen lassen. Farini verlangt, daß auch die von dem Herzog von Modena fortgeführten und der Nation zugehörigen Kunstgegenstände zurückgefordert würden. Es wurden darauf die folgenden 29 Artikel des Unterrichts Etats genehmigt.

Der Abgeordnete Cappellari ist zum Berichterstatter des Gesetzentwurfs, betreffend die Wahlsteuer, ernannt. — Aus Ornuia wird gemeldet, daß das amerikanische Geschwader unter Führung des Admirals Farragut daselbst eingetroffen ist.

**Rom, 5. Februar.** Das offizielle Blatt veröffentlicht einen Bericht des Generals Känger an den Papst. Es heißt in demselben, die Garibaldische Invasion habe schon mit der Entfernung der Franzosen im Jahre 1866 ihren Anfang genommen, aber mit Mentana ihr Ende erreicht.

**London, 4. Februar.** Mit großem Pomp wird in den Blättern angezeigt, daß sämtliche Polizeistationen der Hauptstadt besetzt werden, daß man damit bei der Central-Polizeistation in Scotland Yards bereits den Anfang gemacht habe und daß ein Gleiches mit allen Polizeistationen im ganzen Reiche geschehen solle. Die ganze „Fortifikation“ reuziert sich schließlich darauf, daß die Centralstation mit neuen eisernen, schußfesten Fensterräden ausgestattet worden ist und eine ebensolche Thür erhalten soll.

**Petersburg, 5. Februar.** Das „Journal de St. Pétersbourg“ protestirt in einem offiziellen Artikel gegen die Folgerungen, welche die ausländische Presse aus der Sprache solcher russischer Journale zieht, die einzig und allein ihre individuellen Anschauungen und nicht die der Regierung aussprechen. Es sei bidauerlich, daß namentlich auch die Sprache der „Moskauer Zeitung“ den Vorwand geliefert habe zu böswilligen Insinuationen über die zwischen Rußland und Preußen bestehenden Beziehungen, obgleich gerade die „Moskauer Zeitung“ oft schäufinnig die Nützlichkeit der guten Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern hervorgehoben hatte. Der Artikel betont schließlich, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen viele Krisen durchgemacht und viele Feuerproben im Glück und Unglück überlebt haben. Auf diese Weise werden wirkliche Freundschaftsbeziehungen befestigt. Diese Beziehungen des guten Einverständnisses zwischen zwei großen Ländern sind eines der besten Pfänder für den europäischen Frieden, und hierdurch gerade werden vielleicht die Kombinationen gewisser Organe der ausländischen Presse zu Schanden gemacht.

**Bukarest, 5. Februar.** Der Hauptinhalt der dem Fürsten von der Kammer gestern übergebenen Adresse ist folgender: Die Adresse spricht zunächst die Ergebenheit der Kammer für den Fürsten aus. Eine Dynastie, die auf demokratischen und liberalen Grundlagen basire, sei das Ideal der Rumänen gewesen. Der Fürst, der die Tugenden seiner Erhabenen Vorfahren theile, und trotz aller Schwierigkeiten mit Beharrlichkeit an der Befestigung des konstitutionellen Systems arbeite, habe die Gefühle der Liebe und Ergebenheit der Nation noch erhöht. Die nationale Versammlung werde deshalb keine Anstrengungen sparen, um in Uebereinstimmung mit der Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Vollendung zu bringen und werde sich ohne Zeitverlust mit den vorgelegten Gesetzentwürfen beschäftigen. Was die Frage der Fremden israelitischen Glaubens, welche in das Land eingewandert sind, betreffe,

so habe deren Kultus zu jeder Zeit vollständige Toleranz in Rumänien gefunden und erfreuen sie sich auch jetzt noch dieser Toleranz. Die Kammer werde sich bemühen, die Frage zu einer Lösung zu bringen, welche der Gerechtigkeit und dem Interesse des rumänischen Volkes genügen könne. Die Adresse versichert schließlich das vollkommene Zutrauen der Rumänen in die Zukunft. Die Antwort des Fürsten lautete im Wesentlichen: Der Fürst danke für die Aufmerksamkeit, wie für die in der Adresse ausgesprochenen Gefühle und Wünsche, sowie die gegebenen Zusicherungen. Der Fürst besitze das feste Vertrauen, daß die Kammer die wichtigen Fragen in befriedigender Weise lösen und seiner Regierung zur Erleichterung ihrer Mission beistehen werde.

**Athen, 1. Februar.** Der griechische Dampfer „Union“ setzt seine Fahrten zwischen Syra und Candia, wohin er Munition und Proviant bringt, mit glücklichem Erfolge fort. Zwischen den Türken und den Insurgenten haben neuerdings wieder einige unbedeutende Kämpfe stattgefunden. Die in dem neuen Ministertum eingetretene Uneinigkeit ist noch nicht beseitigt. — Es herrscht hier außergewöhnliche Kälte.

**Newyork, 5. Februar.** Der Präsident Johnson hat die Bill unterzeichnet, welche die sofortige Aufhebung der Besteuerung inländischer Baumwolle ebenso wie den Wegfall der Einfuhrsteuer auf ausländische Baumwolle nach dem 1. November c. anordnet. Gleichzeitig unterzeichnete derselbe die Bill über die Autorisation zum Verkauf der überzähligen Panzerschiffe.

**Pommern.**

**Stettin, 7. Februar.** Wie früher gemeldet, beabsichtigt die Pommerische Landschaft die Gründung eines Kreditverbandes für nichtritterschaftlichen Landbesitz. Die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung dieses Planes entgegenstanden, sind jetzt in der Hauptsache beseitigt, indem, wie verlautet, der Herr Minister des Innern gegen die dabei in Aussicht genommene Beleihungsgrenze, insbesondere gegen die Beleihung bis zu 2/3 des 35fachen Betrages des Grundsteuer-Reinertrages, nach Abzug des 20fachen Jahresbetrages der öffentlichen Abgaben, nichts einzuwenden hat.

Das hiesige „Hülfs-Comité für Ostpreußen“ hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, folgende weitere Summen zur Vertheilung zu bringen: 1) Für die Stadt Friedland 100 Thlr. 2) Für die Prädikaler Gegend (Kreis Memel) 100 Thlr. 3) Für die Hoffgegend des Kreises Heydekrug 100 Thlr. 4) Für den Kreis Niederung 200 Thlr. 5) Für den Kreis Insterburg 200 Thlr. 6) Für den Kreis Willkallen 200 Thlr. — Außerdem sind der Deichschaft Angerburg von dem hiesigen Zweigverein der „Pommerischen ökonomischen Gesellschaft“ 80 Thlr. überwiesen worden.

Die Wahlen des Schulvorstehers Stewert hier, des Oberlehrers Dr. Jungmans in Dortmund und der Lehrer Jonas in Berlin, Calcedow in Straßund, Dr. Pfundheller hier zu ordentlichen Lehrern, die der Lehrer Wobbermin, Genst, Brust und Haack hier zu Elementarlehrern an der von Ostern d. J. ab hier zu errichtenden provisorischen höheren Lehr-Anstalt, wie auch die Uebertragung der einstweiligen Leitung derselben an den ersten ordentlichen Lehrer Stewert sind seitens der königl. Regierung genehmigt.

Die Pfarrstelle zu Poseritz, Synode Garz auf Rügen, gelangt durch Emeritierung zur Erledigung und ist zum 1. Juli d. J. wiederzubesetzen. — Die Stelle ist königl. Patronats.

In den Tagen vom 31. v. Mts. bis 5. d. Mts. sind aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Klosterstraße Nr. 6 mittelst Durchziehens durch einen Lattenschlag zwei Kleider und vorgestern Nachmittag ist aus einer Wohnung des Hauses Frauenstraße Nr. 37 eine silberne Cylinderröhre mit römischen Ziffern und Sekundenzeiger gestohlen worden.

Wir werden ersucht, auf den äußerst gefährlichen Zustand der von der unteren Lindenstraße in Grabow über den Mühlentbach führenden Brücke und die dringende Nothwendigkeit einer sofortigen Reparatur derselben aufmerksam zu machen. Eine ziemlich große schadhafte Stelle soll, wie man uns mittheilt, die Sicherheit der Passage in der Dunkelheit in erheblicher Weise gefährden.

**Stepenitz, 4. Februar.** Unsere Wege und Felder bieten jetzt wieder einen traurigen Anblick: es ist wenig Aussicht, von der Winterfaat etwas durchzubringen, seit 14 Tagen stehen die mit kaltem Wasser unter Wasser, auf den Wegen rächt daselbst den Pferden bis an den Bauch. Wir sind daher vom Verkehr mit den Nachbarorten fast völlig abgeschnitten.

**Treptow a. T., 5. Januar.** Gestern gegen 11 Uhr Abends zog bei starkem Weststurm ein Hagel- und Schneeschauer über unsere Stadt; plötzlich bald nach 11 Uhr fuhr ein greller Blitz mit gleichzeitigem dumpfen Schläge in der Nähe der Stadt hernieder, der die meisten Einwohner in nicht geringe Angst und Schrecken brachte. Kaum waren 6 bis 7 Minuten vergangen, als ein gleichfalls greller Blitz unter kanonenschlagartiger Detonation an dem Kirchturm hernieder fuhr; glücklicher Weise ohne weiter zu zünden, obgleich mehrere Bewohner glimmende Schieferstücke und prasselnde Feuerfunken herunterfahren sahen. Heute konnte man, ohngesähr 2 Fuß unter der Helmstange der Thurmspitze, die Stelle sehen, wo der Blitz mehrere Schieferstücke abgeschlagen und wurden dieselben, mit einer eigenthümlichen Feuerfärbung, neben der Kirche gefunden.

**Schwedt, 6. Februar.** Zwei Joche der großen Oberbrücke sind durch den Eisgang fortgerissen. Der Verkehr mit dem anderen Ufer ist augenblicklich unterbrochen.

**Vermischtes.**

Berlin. Eine Polizeibestimmung schreibt vor, daß beim Sehen einer Kochmaschine zwischen der Feuerung und der Balkenlage entweder ein leerer Raum oder mehrere Lage Steine sich befinden müssen. Der Löpsberg'sche Klapping hatte gegen diese Bestimmung gefehlt, indem er eine Kochmaschine dicht über den Erdboden setzte, so daß eines Tages, als gerade stark geseuert wurde, Dielen und Balkenlage in Brand geriethen. Klapping erscheint deshalb unter der Anklage der fabriksässigen Brandstiftung; zu seiner Verteidigung hält er folgende Rede: „Ich glaubte, als ich die Kochmaschine setzte, daß ich es bloß mit einer einfachen Haushaltung zu thun hätte und daß die Leute an einem Tage höchstens einen Braten auf der Maschine haben würden. Dafür war meine Arbeit eingerichtet und würde bei einem Braten auch kein

Malheur entstanden sein. Aber statt dessen hatten die Leute an einem Tage drei Braten, darauf hatte ich freilich nicht gerechnet. Ich bitte Sie, Herr Gerichtshof, drei Braten an einem Tage bei jeziger schlechter Zeit!“ Der Gerichtshof nahm denn auch mildernde Umstände an, doch verurtheilte er den Angeklagten zu 24 Stunden Gefängniß an einem Tage.

— Auf der Pariser Ausstellung hatten zwei sehr schöne Vasen aus der Porzellan-Fabrik von Edores die Aufmerksamkeit der Königin gefesselt. Der Kaiser Napoleon hat sie vor einigen Tagen der Königin geschenkt.

**Landwirthschaftliches.**

Rübenblätter kann man nach W. Wagner in folgender Weise bewahren. Man gräbt die Rüben in möglichst trockenem Zustande aus, schneidet die Blätter sammt den oberen hölzigen Theilen der Rübe sogleich ab und läßt das Abgeschnittene je nach der Witterung 6—14 Tage zum Abwelken auf dem Felde liegen. Haben die Blätter 2/3 ihres Gewichts verloren, so bringe man sie in Gruben. Weder Salzbeigabe noch Einstampfen sind nöthig, wenn die Blätter nur noch in einem Stück zusammenhängen. Die Gruben macht man 6 Fuß in Lehm, unten 6 Fuß, oben 10 Fuß breit. Die Blätter werden noch 6 Fuß über der Erde aufgeschichtet und dann 2 Fuß mit Erde bedeckt. Länger als 2 Tage darf die Grube nicht offen sein. Entweichen durch Sehen der Blätter Risse in der Erdoberde, so sind dieselben bald wieder zuzumachen. Man kann den Blättern Klee, Gras etc. in grünem Zustande beimengen, nicht aber Stroh oder Raff. Die Blätter, so eingemacht, hielten sich frisch bis Ende August. Mit großem Vortheil werden sie besonders an Schafe verfüttert, da sie sowohl auf die Milchabsonderung der säugenden Mütter günstig wirken als auch eine Fettzunahme der Hammel erzeugen. Man gebe indessen nicht ausschließlich Blätter, sondern täglich einmal den Schafen so viel gesundes Stroh, als sie fressen wollen. Wollen die Schafe anfänglich die Blätter nicht fressen, so lasse man sie so lange hungern, bis sie dieselben annehmen. Einmal daran gewöhnt, verschmähen sie sogar anderes Futter, um sich mit Oer auf die Blätter zu werfen. In Folge des saftigen Futters ist auch die Düngerproduktion sehr bedeutend, so daß die Konservirung der Rübenblätter in jeder Beziehung von hoher Wichtigkeit erscheint.

**Schiffsberichte.**

**Swinemünde, 6. Februar, Nachmittags.** Angelommene Schiffe: Emilie, Mährer von Newcastle. Köhrt in Swinemünde. Wind NW, Sturm. Strom ausgehend. Revier 14 1/2 F.

**Börsen-Berichte.**

**Stettin, 7. Februar.** Witterung: klare Luft, Nachts starker Sturm. Temperatur + 5° R. Wind: NW.

an der Börse:  
Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99 bis 103 1/2 *fl.*, ungarischer 93—96 *fl.*, bunter poln. 96—101 *fl.*, weißer do. 103—106 *fl.* bez., 83—85 *fl.* gelber Februar 99 *fl.* Br., Frühjahr 100, 99 1/2 *fl.* bez. u. Br., 99 1/2 *fl.* Gd.  
» gegen höher bezahlt, per 2000 Pfd. feiner ungar. 77 1/2—78 1/2 *fl.* bez., Februar 78 1/2 *fl.* Br., Frühjahr 78 1/2, 79, 79 1/2, 79 *fl.* bez., 79 1/2 *fl.* Br., Mai-Juni 78 *fl.* bez., 78 1/2 *fl.* Br., Juni-Juli 76 1/2, 76 *fl.* bez., Juli-August 72 *fl.* Br.  
Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco 52—54 *fl.* bez.  
Hafer still, per 1300 Pfd. loco 36—37 1/2 *fl.* bez., 47—50 *fl.* Br., Frühjahr 38 1/2 *fl.* bez., 39 *fl.* Br.  
Erbisen still, per 2250 Pfd. loco 69—71 *fl.* bez., Frühjahr Futter-71 *fl.* bez.  
Petroleum loco 6 1/2 *fl.* bez.  
Rappkuchen fremde frei Bahn 2 *fl.* 6 1/2 *fl.* bez.  
» u. u. behauptet, loco 10 1/2 *fl.* Br., Februar 10 1/2 *fl.* Br., 10 *fl.* Br., April-Mai 10 1/2 *fl.* bez. u. Br., September-Oktober 10 1/2 *fl.* Br. u. Gd.  
Spiritus fest, loco ohne Faß 19 1/2, 1/2 *fl.* bez., mit Faß 19 1/2 *fl.* bez., Febr.-März 19 1/2 *fl.* Gd., Frühjahr 20 1/2, 1/2 *fl.* bez., 20 1/2 *fl.* Br., Mai-Juni 20 1/2 *fl.* Br., Juni-Juli 20 1/2 *fl.* Br.  
Regulirungs-Preise: Weizen 99, Roggen 79 1/2, Rüböl 10 1/2, Spiritus 19 1/2.

**Breslau, 6. Februar.** Spiritus per 8000 Tralles 18 1/2. Weizen per Februar 98 Br., Roggen per Februar 73 1/2, per Frühjahr 75 1/2. Rüböl pr. Februar 9 1/2, pr. Frühjahr 9 1/2. Raps pr. Februar 88 1/2 Br. Zint ruhig.

**Hamburg, 6. Februar.** Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco ruhig, auf Termine höher. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 176 Banco-forthaler Br., 175 Gd., per Februar-März 176 Br., 175 Gd., per Frühjahr 176 Br., 175 Gd., Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., u. Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 138 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl ohne Kaufloß, loco 22, per Mai 22 1/2, per Oktober 23 1/2. Spiritus ohne Kaufloß, 27 1/2. Kaffee ruhig. Zint matt. — Wetter kühl und windig.

**Amsterdam, 6. Februar.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen fest, pr. März 313 1/2, pr. Mai 320, pr. Juli 306. Raps pr. April 66 1/2.

**Stettin, den 7. Februar.**

Hamburg	6 Tag.	151 1/2 B	St. Börsenhaus-O.	4	—
	2 Mt.	—	St. Schauspiel-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143 1/2 G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25 B	Pr. National-V.-A.	4	119 B
	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tag.	81 1/2 G	Pomerania	4	119 B
	2 Mt.	—	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	93 1/4 G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1000 B
	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sta.-Anl. 5457	4 1/2	—	Bredower	4	—
	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schlds.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
» Rentenb.	4	—	Germania	—	100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	—	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
» Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
» 4 1/2	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
» Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4 1/2	94 B			